Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 166. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 18. Juli 1930. | 12. Jahrgang.

Nicht als Eintagsfliegen ohne Zukunft hat Gott die Menschen geschaffen; und wer die ihm geordnete Zukunft genießen will, muß sich dazu stärken an der Vergangenheit.
Jeremias Gotthelf.

Die Saar — das letzte „Pfand".

Von Bruno Ernst.

Saarbrücken, den 15. Juli 1930.

Die Pariser Saarverhandlungen sind nicht nur unterbrochen, sondern gescheitert! Um der „Höflichkeit" willen, mit der beiderseits — sogar unter Vereinbarung einer gemeinschaftlichen Erklärung — das Auseinandergehen sich vollzog, braucht man diese Wahrheit nicht zu verschleiern. Die „fundamentale Meinungsverschiedenheit", die der Arbeitsminister Pernot feststellte, wird auch für die „Prüfung" einer Wiederaufnahme im Oktober fortbestehen; denn die „wirtschaftliche Form deutsch-französischer Zusammenarbeit", wie sie Briand in der Mittwochsitzung des Senatsausschusses wünschte, kann grundsätzlich deutscherseits niemals zugegeben werden: sie heißt Miteigentum Frankreichs an den Saargruben, selbst wenn auch nur in Gestalt einer Drittel-Beteiligung an den neuzubegründenden Ausbeutungsgesellschaften. Für jede deutsche Regierung gleichwie für die Saarbevölkerung ist die „Rückgliederung" nur denkbar durch Wiederherstellung der bergbaulichen Eigentumsverhältnisse der Vorkriegszeit.

Deutschland hatte, als Gegenleistung für die Vordatierung der Versailler Frist, die Grenze sachlich verantwortbaren Entgegenkommens doch wohl bereits überschritten durch das Zugeständnis der bis 1935 fortgesetzten französischen Zolleingliederung des Saargebietes, die später durch zollfreie Einfuhrkontingente Frankreichs — also über das Versailler Diktat hinaus — ersetzt werden sollte, durch die Verlängerung und damit Legitimierung des völkerrechtswidrigen Kohlenraubpakts im Warndt sowie durch eine Häufung von „Sicherheiten" für reichlichen und billigen Saarkohlenbezug. Alle französischen Verlautbarungen unterstreichen die Rolle Deutschlands als des „Fordernden", dessen Angebote aber ungenügend gewesen sei, und der französische Delegationsführer faßt diese Meinungen in einer Presseerklärung folgendermaßen zusammen: „Frankreich hat einer Eröffnung der Verhandlungen nur unter der Bedingung zugestimmt, daß ihr Gegenstand rein wirtschaftlich wäre, unter Wahrung sämtlicher politischen Rechte der Saarbevölkerung". Die lächerliche Phrase ausgerechnet französischen Verteidigungswillens der „Rechte der Saarbevölkerung", für den die Saarbevölkerung selbst sich durch eine Fülle von Gegenkundgebungen vor aller Welt „bedankt" hat, verkleidet die ungebrochene französische Absicht und Hoffnung auf die „Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes", d. h. die endgültige politische Mundtotmachung der Saarbevölkerung unter autonomistischer Fremdherrschaft! Frankreich will nach wie vor nicht nur die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung des Kohlenreichtums und seines kommerziellen Monopols auf dem Saarmarkt, sondern auch die ungestörte Fortsetzung seiner Entnationalisierungsversuche durch die ausgerechnet heute schamloser und erpresserischer denn je auftretende französische Schulpropaganda, d. h. die körperliche und zugleich seelische Versklavung der Saarbevölkerung: französische „Kolonialpolitik" inmitten des zivilisierten Europa, mit der in Indochina oder Marokko zu vergleichen!

Zwei charakteristische Stimmen: Dem „Journal des Charbonnages" (8. Juli) ist ein Stein vom Herzen gefallen: „Die Saarkohle verbleibt ohne Einschränkung und ohne Risiko noch während 4½ Jahre zur Verfügung des französischen Verbrauchs" — und das „Journal des Débats" (8. Juli) frohlockt über die Einstellung der Saarverhandlungen, die vielleicht wirtschaftliche Vorteile, aber „keinen einzigen für die Nationalpolitik" geboten hätten, vielmehr würde bei deren Gelingen und sofortiger Rückgliederung die mit der „Preisgabe des Rheinlandes gleichzeitige Preisgabe der Saar einen Verzicht auf unsere sämtlichen Pfänder auf einmal" bedeutet haben; nun aber hätte sich die Saarbevölkerung selbst, die sich, wie alle Welt wisse, „unter der Völkerbundsverwaltung seit einem Jahrzehnt einer ausnahmsweisen Wirtschaftsblüte erfreue, wenn die Stunde der Volksabstimmung herannahe, zu „entscheiden" ob sie nach Deutschland oder nach Frankreich (!) „zurückkehren" oder den status quo aufrecht erhalten wolle; keinesfalls aber dürfe sie alsdann damit rechnen — so wird warnend, mit erhobenem Stocke hinzugefügt — daß sie „alle diese Vorzüge zugleich kombinieren könne"! Bis zur Volksabstimmung empfehle sich jedoch das „Festhalten der Saar unter dem durch den Friedensvertrag festgesetzen Regime."

Es war eine symbolische Weihehandlung, daß die französischen Generale bei der Räumung des Rheinlandes ihre Fahnen nochmals in den Rhein tauchten. Der kriegerische Geist Frankreichs fühlt sich mit dem „heiligen" Strom ewig verbunden. Der Versuch der französischen Rheingrenze von Basel bis Cleve, welche in und nach Versailles der Welt in einem Jahrzehnt immer wieder abzuringen und abzulisten unternommen wurde, ist — was wir Deutschen niemals vergessen sollten — nur diesmal, nur einstweilen gescheitert; gescheitert, wesentlich unter den Koalitionshemmungen der „Mitsieger", welche einer allzugroßen Uebermacht Frankreichs in den Weg traten. Aber an einer Stelle ist die Liquidation der französischen Rheinpolitik, der „großen Tradition" vom Königtum zur Republik, demonstrativ nicht vollzogen: an der Saar, die vorläufig, wie das ernsthafte „Journal des Débats" richtig feststellt, „das letzte Pfand" bleibt! Die offensive Rheinpolitik, das Programm auch der „patriotischen Jugend", ist keineswegs preisgegeben; die dauernde politische Hypothek auf dem „befreiten" Rheinland: Die Internationalisierung des Stroms, die Entmilitarisierung des linken Rheinufers samt der 50-Kilometerzone, die dazugehörige Ueberwachung, die an unserer entblößten und offenen Westfront Frankreich mit und ohne Völkerbund ausüben kann, die Abhängigkeit des rheinischen Verkehrsausbaues von der Genehmigung der „Sieger", die ganze Wehrlosigkeit, dazu die unerfüllbare Zahlungslast — alle diese Minderungen deutscher Souveränität eröffen bei jeder „günstigen" Konstellation für die französische Rheinpolitik die Wiederaufnahme des durch die letzten drei Jahrhunderte überlieferten Imperialismus, gegen den in entscheidender Stunde keine noch so „verständniswillige" Regierung — auch keine der Linken — sich aufzubäumen wagt, um nicht von der öffentlichen Meinung des nur durch Knechtung des Nachbarn befriedigten „Sicherungsbedürfnisses" hinweggefegt zu werden.

In der Stunde der „Räumung" des Rheinlandes, des Scheiterns der Saar-Rückgliederung soll geschichtliche Orientierung und Erkenntnis des französischen Nationalcharakters uns vor lauten Fanfaren und wohligen Illusionen bewahren; die „Freiheit" der Saar bleibt ein schmerzlicher Rest für Deutschlands zielbewußte politische und wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit, die, indem sie das Vaterland in den gebührenden Rang im Rahmen der Weltmächte zurückführt, auch um die Westmark ihren Mantel breitet . . .

Recht und Sinn der Kundgebung des Nürnberger Kirchentages zur Kirchenfrage

(Rede von Reichswart D. Erich Stange als Berichterstatter vor dem Kirchentage am 30. Juni 1930.

Fast ist es schon ein Brauch geworden, daß die Deutschen Evangelischen Kirchentage, gleichsam wie mit einer Art Hirtenbrief, in den letzten Stunden ihrer Tagung ein Wort an das evangelische Kirchenvolk Deutschlands richten. Der Herr Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hat schon in seinen Eröffnungsworten zu dieser Nürnberger Tagung die stattliche Reihe jener feierlichen Erklärungen deutscher Kirchentage in unsere Erinnerung zurückgerufen. In der Tat: Wem unter uns es vergönnt war, die drei vorangegangenen Kirchentage mitzuerleben, dem werden sie gerade durch die Stunde ihrer Kundgebung wie Höhepunkte seines Lebens im Gedächtnis stehen: Jene Erklärung von Stuttgart zu der großen Frage evangelischen Schulwesens, die noch heute weitgehend auf ihre Erfüllung wartet; jenes Wort von Bethel zur sozialen Frage unseres Volkes, das mehr als vielleicht viele unter uns annehmen, in die breite Oeffentlichkeit gedrungen ist, ja, von dem neulich in den Beratungen unseres Ausschusses berichtet wurde, daß es schon in die Lesebücher der Schulen übergegangen sei. Endlich jenes Wort zur vaterländischen Frage von Königsberg, das vielleicht noch eines Tages eine Aktualität erhalten wird, wie wir sie heute kaum zu ahnen wagen. Was lag da näher, als daß auch dieser 3. ordentliche Evangelische Kirchentag gipfeln sollte in einem Wort solcher Kundgebung an das evangelische Christenvolk Deutschlands?

Und doch: Wehe dem Evangelischen Kirchentage, wenn er allein von solchen Erwägungen aus, gleichsam aus einem Gedanken an das Programm und die Steigerung äußerer Eindrücke heraus, jetzt sprechen wollte! Es ehrt den Ausschuß, dem Sie die Vorbereitung einer Kundgebung anvertraut haben, daß er die Frage, ob überhaupt in solch feierlicher Form diesmal wieder geredet werden müßte, ernster und eingehender Prüfung unterzogen hat. Wir waren uns bei den Beratungen des Ausschusses bewußt, daß den evangelischen Kirchen Deutschlands nicht viel zu Gebote steht, womit sie wirken können, daß aber das Letzte und Größte, was sie haben, das Wort ist. Dieses Wort *hat* zu sprechen, hat auch öffentlich und feierlich aus der Vertretung des gesamten deutschen evangelischen Kirchentums heraus zu sprechen. Aber wehe, wenn wir diese Waffe mißbrauchen! —

Drei Gründe sind es schließlich gewesen, die den Ausschuß nach gründlicher Prüfung der eben angedeuteten Bedenken zu der Freudigkeit und Einstimmigkeit geführt haben, Ihnen in dieser Stunde eine *Kundgebung zur Kirchenfrage* vorzulegen.

Der erste dieser Gründe klingt bereits in den einleitenden Worten der Kundgebung an: Wir kommen von Augsburg — d. h. wir halten einen Deutschen Evangelischen Kirchentag dieses dritte Mal unter ganz besonderen geschichtlichen Erinnerungen. Augsburg hat uns angeredet. Haben wir nicht in irgendeinem Sinn als evangelische Kirchen der Reformation zu antworten? Und wenn man sich dann fragt, nach welcher Richtung hin die Antwort gehen soll, so darf zwar das Mißverständnis nicht aufkommen, als ob etwa das Bekenntnis von Augsburg nur eine Ursache zur Kirchenbildung gewesen sei; im Gegenteil, es war und wollte zunächst alles andere sein als Anlaß zur Kirchenbildung; es wollte Bekenntnis evangelisch-christlichen Glaubens sein. Daraus aber ist hernach — und das ist seine andere Seite — durch die geschichtliche Führung Gottes die Grundlage zur Kirchenbildung geworden. Es lag nahe, diese zweite Seite im Rahmen eines evangelischen Kirchentages besonders in den Vordergrund zu stellen.

Zum andern hatte dies bereits der Vortrag getan, den wir am Freitag aus dem Munde des Herrn Vizepräsidenten unseres Kirchentages gehört haben und der mit seinem Gedankenreichtum eine Antwort irgendwelcher Art aus der Mitte der Versammlung erforderte. Diese Antwort konnte zwar auf verschiedenen Wegen gegeben werden. Sie hätte auch erfolgen können durch umfassende Diskussion der aufgeworfenen Fragen und Probleme. Aber dieser Kirchentag in seiner Struktur und seiner zeitlichen Beschränkung wäre kaum der Ort, dies gründlich und eingehend zu tun. Auch das legte den Gedanken nahe, im kleinen Kreis eine Kundgebung vorzubereiten, die auf Grund sorgfältiger Erwägung das zusammenzufassen versuchte, was nun, hoffen wir, einstimmige Antwort des Kirchentages auf die vorgetragenen Gedanken sein könnte.

So schwerwiegend aber beide Gründe sein mögen, ich bezweifle, daß sie allein schließlich angesichts der vorhin erwähnten Bedenken zu der einmütigen Freudigkeit geführt hätten, eine Kundgebung zur Kirchenfrage zu erlassen. Es war vielmehr etwas Drittes, was in den Verhandlungen des Ausschusses immer wieder — aus der Großstadt heraus und vom flachen Lande, aus den Gruppen, die sich um das Evangelium zusammenschließen, und vom Blickpunkt der Kirchenleitung aus — laut wurde; das war *der Gedanke an die Gemeinde*.

Im einzelnen kann man die Nöte, die hier im Blick auf die Gemeinde ausgesprochen wurden, wohl wieder nach drei Richtungen kurz zusammenfassen. Diese Gemeinde der Gegenwart, zu der wir sprechen wollen, steht in einer völlig veränderten Situation, gehört einem Kirchentum an, das jetzt in einer seit Jahrhunderten nicht dagewesenen Weise weithin auf sich selbst gestellt worden ist. Das ist nicht nur Sorge und Not der Kirchenleitungen, sondern das empfindet jeder einzelne schlichte Christenmensch in unserer Kirche — am eigenen Leibe, darf man fast sagen. Es ist im Ausschuß gelegentlich darauf hingewiesen worden, daß schon der Kirchgang heute für viele in gewissem Sinne ein Leiden bedeutet. Haben wir hier nicht als ein Evangel. Kirchentag das höchste und größte Amt evang. Kirchen zu üben, das Amt, das auch im Bekenntnis von Augsburg im Mittelpunkte stand: das Amt, die erschrockenen Gewissen zu *trösten*? — Und haben wir nicht zum andern *gewissenschärfend* in unsere Gemeinden hineinzusprechen? Es wurde doch bei den Verhandlungen des Ausschusses auch sehr ernst betont, daß heute mancher Christ in unseren Gemeinden in Versuchung ist, das Band mit der Gemeinde allzu leicht und rasch zu durchschneiden um äußerlicher Gesichtspunkte willen, die der Sache nicht gerecht werden. Haben wir hier nicht das Gewissen des Einzelnen gegenüber der Gemeinde und Kirche, der er angehört, ernsthaft zu ermahnen? — Und haben wir nicht endlich als ein Evangelischer Kirchentag *Weg zu weisen* in dem heute neu erwachten Fragen nach der Kirche? Ich werde auf die schwierigen Probleme, die hier vor-

lagen, hernach noch zu sprechen kommen, möchte aber vorläufig nur einen Gesichtspunkt unterstreichen, der bei den Beratungen des Ausschusses immer wieder auftauchte. Es ist von vielen Seiten in diesem Zusammenhange hingewiesen worden auf das Fragen evangelischer Jugend nach ihrer Kirche. Sie werden es Ihrem Berichterstatter vergönnen, daß er aus den Beratungen des Ausschusses heraus gerade hier ein klärendes Wort wiedergibt: Es hieße das Fragen der Jugend nach der Kirche mißverstehen, wenn man es äußerlich verstünde. Es wird dem jungen Menschen zu allen Zeiten ein Problem und eine Aufgabe bleiben, sich in die überkommenen Gemeinschaften und Bindungen einzugliedern. Aber gerade weil diese Aufgabe eines jungen Geschlechts nicht nur heute, sondern immer besteht, glaubte der Ausschuß auch im Blick auf das Fragen der Jugend reden zu sollen, und ich sage nun: wegweisend reden zu sollen.

Diese Aufgabe, der ich mich im einzelnen zuwende, ist dem Ausschuß nicht leicht geworden. Erst gestern mittag um 1 Uhr hat er seine Beratungen abschließen können und das Dokument zur Vervielfältigung weitergegeben. Es lag ihm ein Vorschlag des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses vor, den er zur Grundlage seiner Beratungen gemacht hat. Fünf verschiedene Fassungen sind nacheinander auf dieser Grundlage ausgearbeitet worden; ihnen zur Seite standen noch ganze oder teilweise Neuentwürfe, und er hat sich bemüht, auch deren Gesichtspunkte sorgfältig zu berücksichtigen und zum Teil einzuarbeiten. Daraus schon können Sie sehen, daß es nicht ein Wort leichthin ist, das ich Ihnen im Namen des Ausschusses hier vorzulegen habe.

Wir waren uns bewußt, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag in einem überaus komplizierten Augenblick zur Kirchenfrage Stellung nimmt. Denn welche Frage wäre heute — und nun nicht nur in der Jugend unserer Kirche! — umstrittener und diskutierter als gerade die Frage nach der Kirche! Das gab den Verhandlungen dieses Ausschusses einen hohen, ungewöhnlichen Wert. Ich darf auch an dieser Stelle das Wort eines „Laien" in unserer Mitte, eines Mannes aus der Arbeiterschaft weitergeben, der erklärte, es seien die Stunden in diesem Ausschuß die wertvollsten, die er seit langem erlebt habe. Vielleicht macht Ihnen das auch bereits den Geist der Brüderlichkeit deutlich, in dem der Ausschuß gearbeitet hat und der allein schon für alle, die daran teilnehmen konnten, eine wertvolle Erfahrung bleiben wird.

Die Kundgebung hat zwei Teile: Sie beginnt mit einem Rückblick, der bis in die Gegenwart führt. Das ist der Inhalt der ersten Seite, die Ihnen vorliegt. Sie fügt dann ein Wort an über die gegenwärtige Aufgabe der Kirche und ihrer Glieder.

Ich wende mich zuerst dem ersten Teile zu. Wenn wir ihn lesen, werden Sie vielleicht erinnert werden an jene Stunde in Augsburg, da im großen Festzug gleichsam noch einmal die ganze Geschichte der Reformation und ihres Kirchentums an uns vorüberzog. Wie solch ein Zug schreitet unsere Kundgebung von dem Anfang, da aus der Zelle des Mönches heraus das Evangelium neu aufleuchtet, bis zur Stunde des Zusammenbruchs jüngster Tage, die Jahrhunderte entlang. Zwei Gefahren hatte der Ausschuß bei seiner Formulierung zu vermeiden. Es waren die beiden Gefahren, zwischen denen die Kirche zu allen Zeiten gestanden hat und denen auch die Beurteilung ihrer Geschichte immer wieder unterliegt. Die eine Gefahr ist die Vergötzung des Kirchentums und die andere seine Verachtung.

Darum ist in dieser Kundgebung die Knechtsgestalt unserer Kirche stark herausgehoben. Es wird schon bei der geschichtlichen Entwicklung am Eingang davon gesprochen, daß die Reformation, „gebunden an das Erleben und Erleiden des deutschen Volkes", Gestalt gewann in Einzelkirchen. Es wird daran erinnert, daß sie nicht nur unter dem Schutze, sondern auch „im Banne des Staates" gestanden habe und nicht nur von ihm verständnisvoll gefördert, sondern oft auch „in ihrem Wesen bedroht" wurde. Es wird von ihrer „Begrenzung" und ihren „Besonderheiten" gesprochen. Es wird weiter noch daran erinnert, daß die deutsche Reformation jede „Vergöttlichung eines Kirchentums" verwehrt, daß sie das „Eigenrecht persönlicher Frömmigkeit" achtet und sich zum „allgemeinen Priester aller Gläubigen" bekennt. Nicht genug damit, hebt der nächste Absatz noch einmal an mit der Unterstreichung, daß das nun so gewordene Kirchentum „äußerlich unscheinbar" ist und mit „vielen Mängeln und Fehlern" behaftet. Endlich aber schließt die Kundgebung mit dem ernsten Hinweis, daß sich die evangelischen Kirchen unter das Gericht des Evangeliums stellen.

Weil unsere Kundgebung in diesem Stück so gut reformatorisch spricht, kann sie dann auch mit Freudigkeit zur Herrlichkeit unserer Kirche sich bekennen. Sie setzt damit wieder dort ein, wo die Geschichte einsetzt. „Es war Gottes Fügung," sagt sie kühn und fröhlich, daß die Kirche in ihrer konkreten Gestalt so geworden ist, wie sie geworden ist. Sie ist „Gottes Werk und Mittel" geworden zum Bau der heiligen, allgemeinen, christlichen Kirche. Dieses Kirchentum hat solche Kraft „nicht nur in der Gestaltung von Kirchen und Gemeinden eigener Art bewiesen", sondern hat auch „einen neuen geistigen Gottesdienst" ausgebildet und „Ausdruck eines neuen kirchlichen Lebens" gefunden. Diese Kirchen haben „einen unersetzlichen Dienst unserem Volke" getan, einen Dienst, der nun mit eindrucksvollen Worten im einzelnen dargelegt wird.

Diesen Lobpreis aber — und damit kennzeichne ich eine dritte Linie der Darstellung unseres Kirchentums —, diesen Lobpreis aber durften wir nur wagen, wenn wir klar und eindeutig vom tiefsten Grund evangelischer Kirchenbildung sprachen. Schon mit dem ersten Satz haben wir den Finger darauf gelegt. Von der deutschen Reformation selbst geht unser Kirchentum aus als von „Gottes Werk". Dort ist das Evangelium wieder aufgeleuchtet, und dieses Evangelium wird von unserer Kundgebung beschrieben als „Verkündigung von Gottes rechtfertigender Gnade in Christus allein durch den Glauben". Dieses Herzstück des Augsburger Bekenntnisses steht in unserer Kundgebung als das Herzstück des Dienstes der Kirche und als der Quellgrund ihres Lebens.

Von solcher Grundlegung aus darf nun der zweite Teil der Kundgebung sich den Aufgaben der Gegenwart zuwenden. Ich sage: von solcher Grundlegung aus und denke dabei auch hier insbesondere an die letzten und tiefsten Gründe, die immer wieder durchleuchten. „Fest gegründet auf ihren ewigen Grund Jesus Christus" sieht der zweite Teil der Kundgebung die Kirche der Gegenwart. „Willen und Rat Gottes als die Wahrheit" hat diese Kirche zu verkündigen. Von Bindung der Gewissen an Gott" darf sie zeugen. „Kraft des Glaubens und der Liebe" hat sie zu verwalten. „Eine weltumspannende Aufgabe" ist ihr anvertraut.

Darum dürfen wir nun am Ende dieser Kundgebung, indem wir zu ihrer eigentlichen Absicht kommen, klar und eindeutig von der Verpflichtung zu „rechter Kirchlichkeit" sprechen. In den Beratungen war dieses Wörtlein stark umstritten und es hat im Laufe der Verhandlungen mancherlei Schicksale durchgemacht. Wenn sich der Ausschuß am Ende einstimmig dazu fand, das Wort „Kirchlichkeit" hier stehen zu lassen und Ihnen zur Annahme vorzulegen, so tat er dies aus einer dreifachen Erwägung heraus:

Es ist von dem Wörtlein „rechte" begleitet und damit von vornherein gegen Mißdeutungen einer oberflächlichen Kirchlichkeit, einer unreformatorischen Kirchlichkeit abgegrenzt.

Es wird zum andern in den folgenden Sätzen ausführlich ausgelegt, in Sätzen, die deutlich genug sagen, was wir unter rechter Kirchlichkeit verstehen: daß jeder einzelne sich in Treue zu Gottes Wort und Sakrament hält, sich mutig zu seinem evangelischen Glauben bekennt, in ernster Verantwortung sich in den Dienst der Gemeinde stellt und seinen Glauben in Brudersinn und Opferwilligkeit bewährt.

Endlich steht das Wort von der rechten Kirchlichkeit eingebettet in jene Grundanschauungen vom evangelischen Kirchentum, wie ich sie Ihnen soeben als Ergebnis unserer Beratungen nach drei Seiten hin ausgeführt habe. —

Kurz und knapp ist der Schluß der Erklärung: Die evangelischen Kirchen, die hier reden, und mit ihnen die, die zu ihnen gehören, stellen sich hier unter das Gericht, aber auch unter die erneuernde Kraft des Evangeliums, und so gehen sie getrost in die Zukunft.

Vergangenheit! Wir haben sie ausführlich durchschritten. Gegenwart! Sie wurde mit der Mannigfaltigkeit ihrer Aufgaben vor uns entfaltet. Zukunft? Wir wagen nicht viel davon zu sagen, weil uns das nicht gegeben und befohlen ist. Aber dies eine wagen wir fröhlich zu sagen, daß wir einen Trost haben auch für die Zukunft unserer evangelischen Kirchen, sei sie, wie es Gott gefällt.

Reichs-Westhilfe bis 1934.

Ein Antrag der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Bauernpartei.

Die Regierungsparteien sowie die Christlichnationale Bauernpartei und die Deutschnationale Volkspartei haben im Reichstag einen gemeinsamen Antrag zugunsten von Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Westens eingebracht.

Danach soll der Reichsfinanzminister zur Linderung der durch die langjährige Besetzung und die neue Grenzziehung entstandenen Not der westlichen Gebiete für die Zeit von 1930 bis 1934 — einschließlich der bereits im Etat 1930 vorgesehenen 22,5 Millionen Mark — bis zum Höchstbetrage von 100 Millionen Mark Bürgschaften übernehmen, **a) um die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der Landwirtschaft und des Weinbaues, Meliorationen, den Bau von Wasserleitungen, das bäuerliche Bildungswesen, die bäuerlichen Versuchsringe sowie sonstige ähnliche Hilfsmaßnahmen zu fördern; b) um Handwerk, Gewerbe und Handel, insbesondere durch Krediterleichterung, zu stärken;** c) um den Ausbau des Land- und Wasserstraßennetzes sowie anderer Verkehrseinrichtungen zu ermöglichen, wozu auch Anleihen nach Maßgabe besonderer Gesetze aufgenommen werden können; d) um sonstige zur Stützung der Bevölkerung erforderliche Hilfsmaßnahmen, insbesondere solcher sozialer und kultureller Art, zu fördern.

Jahresbericht des Christlichen Sängerbundes.*)

Der Vorstand des **Christlichen Sängerbundes** hielt seine 51. Jahressitzung in den letzten Junitagen in Bethel bei Bielefeld ab. Nachdem der Bund im August 1928 sein 50-jähriges Bestehen durch eine Reihe festlicher Veranstaltungen gefeiert hatte, bewies das folgende Jahr, daß er ernstlich bestrebt bleibt, seinen Dienst beim Bau des Reiches Gottes wirksam fortzusetzen und nicht auf dem Erreichten auszuruhen. Das klang durch den Jahresbericht des Vorsitzenden hindurch, der von dem Leitwort ausging: „Ich will singen von der Gnade des Herrn ewiglich." Ende 1929 zählte der Bund in 1330 Chören 36882 Mitglieder, deren Zahl in den ersten Monaten dieses Jahres erfreulich weitergestiegen ist. Rund 7000 Bundesglieder gehören landeskirchlichen Kreisen, die übrigen Freikirchen an. Freundschaftliche Beziehungen bestehen zu dem „Evangelischen Sängerbund" und den Christlichen Sängerbünden in Holland, Schweden und der Schweiz. Fast sämtliche Bundeschöre singen sonntäglich in den gottesdienstlichen Versammlungen ihrer Gemeinden oder Gemeinschaften, veranstalten daneben Gesang-Gottesdienste und dienen mit ihren Liedern in Kranken- und Altersheimen sowie Gefängnissen. Die Bundesblätter, nämlich der „Sängergruß" für die Mitglieder und der „Chormeister" für die Dirigenten, bieten nicht nur Berichte und Bundesnachrichten, sondern eine Fülle von Anregungen, Belehrungen und Glaubensstärkungen.

Treu dem Bundesgrundsatz, für die Hebung des christlichen Chorgesanges und seine Nutzbarmachung für das Reich Gottes einzutreten, beschloß der Vorstand, künftig alljährlich 2500 RM. für Beihilfen zur Abhaltung von Dirigentenkursen in den verschiedenen Landesteilen bereitzustellen. Für leistungsfähigere Chöre sollen neben den laufend erscheinenden Notenbeilagen wieder 8 Seiten „Meisterchöre" als Beilage zum „Chormeister" herausgegeben werden. Um aber daneben den unersetzlichen Wert des Evangeliumsliedes klar zu betonen, ist anläßlich der 100-jährigen Wiederkehr des Geburtstages des weithin bekannten „Sängervaters" Ernst Gebhardt im Juli 1932 die Neuherausgabe einer Liedersammlung aus seinen Werken in Aussicht genommen. Gemeinsam mit dem landeskirchlichen „Evangelischen Sängerbund" hat der „Christliche Sängerbund" ein soeben erschienenes Chorbuch in Taschenbuchformat mit 100 Liedern und ein „Handbuch für Dirigenten", verfaßt von Chr. Knayer und Fritz Liebig, herausgegeben. Letzteres wird in den nächsten Wochen im Buchhandel erscheinen. Es ist dies die erfreuliche Frucht einer freundlichen Verständigung beider geistesverwandten Sängerbünde. — Eingehende Beratung erforderten die bestehenden Bestimmungen zum Schutz der Urheber- und Aufführungsrechte.

Anläßlich der Vorstandstagung fanden eine freundliche Begrüßungsfeier in der Kapelle der Methodistengemeinde und daselbst am Sonntag vormittag ein sehr gut besuchter Festgottesdienst statt, in dem Prediger A. Rükker (Wiesbaden), der Schriftleiter der Bundesblätter, predigte. Am Sonntag mittag veranstalteten etwa 300 Sänger des Kreises Bielefeld eine öffentliche, eindrucksvolle Kundgebung vor dem Rathaus, wobei Stadtamtmann Britschin (Königsberg Pr.) von der unveränderten Kraft des Evangeliums Zeugnis ablegte. Die Tagung fand ihren Höhepunkt und Abschluß in einer gut vorbereiteten „Musikalischen Feier" in der Neustädter Marienkirche. Pastor Kuhlo sprach hier packend von der Kraft des neuen Liedes.

M. Br.

*) Verspätet eingegangen.

Ein Wort zu Oberammergau.

Grundsätzliches.

Ein Wort der Kritik sich zu erlauben läßt der Verfasser des Stückes „Oberammergau. Gedanken und Eindrücke." in Nr. 20 des Ev. Berlin, Herr von Focko Lüpsen, demjenigen nicht zu, der diese Darstellungen nicht selbst geschaut hat, und das mit Recht, weil das ja auch gar nicht recht möglich ist. Dagegen wird es erlaubt sein, ein Wort grundsätzlicher Art dazu zu sagen, was ich an dieser Stelle in möglichster Kürze tun möchte. Die hohen künstlerischen Leistungen, deren sich diese Festspiele rühmen können, verkennen zu wollen, wäre allerdings Torheit, ebenso kann ohne weiteres zugegeben werden, daß dem Autor, wie sämtlichen Spielern ein heiliger Ernst innewohnt und sie frei sind von jeglichen Nebenmotiven — und doch ist damit m. E. noch nicht verbürgt und erwiesen, daß die Darstellung an sich göttlich sanktioniert sein müßte. Bei aller seelischen Ergriffenheit der Zuschauer bleibt es doch immerhin sehr fraglich, ob wirkliche Bekehrungen und Sinnesänderungen stattfinden, was aber doch Endzweck und -ziel dieser Veranstaltungen sein und bleiben müßte. Und es wäre eigentlich wünschenswert, daß einmal durch Umfrage auf dem Kontinent eine Erhebung angestellt würde, um dadurch in den Besitz von Zeugnissen derjenigen zu gelangen, die den Gewinn eines nachhaltigen Erlebnisses in Oberammergau davongetragen haben.

Sodann hat es doch seine Bedenken, da die Sache katholischen Ursprungs ist, wenn sie von evangelischer Seite als so hoch bewertet wird, so daß der katholische Klerus doch leichtlich in der evangelischen Wortverkündigung eine gar bedenkliche Schwäche oder aber ein großes Manko von Ueberzeugungskraft feststellen zu müssen Veranlassung nehmen könnte in der Meinung, daß die katholische Kirche berufen sei, dieser Schwachheit aufzuhelfen und dadurch Seelen für sich zu gewinnen. Sodann erkenne ich auch darin einen nicht zu unterschätzenden Widerspruch, wenn hier die evangelische Christenheit sich an künstlerischen Nachbildungen der heiligen Geschichten seelisch berauscht, während von katholischer Seite die Verbreitung der Bibel, also der Wahrheit und Wirklichkeit selbst aufs schärfste bekämpft wird, und sie es als Schmach bezeichnet, daß man die Bibelverbreitung dem Protestantismus überläßt. Doch dies nur nebenbei.

Sodann ist schon hingewiesen worden auf die traurigen Begleiterscheinungen, die vor und während der Aufführungen eine verhängnisvolle Rolle spielen und ich darf in diesem Zusammenhang wohl hinweisen auf das Urteil, welches in der selben Nummer des „Ev. Deutschland" über diesen Gegenstand gesagt ist.

Was soll man dazu sagen, daß nur diejenigen gewürdigt sind, Eintrittskarten zu erhalten, die in der Lage sind, 50 bis 75 RM. der Fremdenindustrie zu opfern, während die andern, die das nicht können, von diesem Heil ausgeschlossen sind. Wäre das nicht geradezu ein Skandal zu nennen. Das ist ja so recht katholisch, und es bedarf keines Kommentars. Da haben wir wieder den alten Satz: nur wenn das Geld im Kasten klingt — die Seele in den Himmel springt. — Geschäft — Geschäft—. Damit soll dem Künstler gar kein Unrecht geschehen. Aber gesetzt, es würde eines Tages mit dem Spiel zu Ende sein, womit auch wohl ganz Oberammergau gewaltig an seinem Weltrufe einbüßen, wenn nicht ganz der Vergessen-

Vor 60 Jahren.

Die Herausforderung der deutschen Nation am 19. Juli 1870.

Am 19. Juli werden es 60 Jahre, daß Frankreich Preußen den Krieg erklärte und damit jenen Kampf herausforderte, der mit der Errichtung des Deutschen Reiches auf den französischen Schlachtfeldern seinen Abschluß finden sollte.

Den äußeren Anlaß zum Kriege gab die Frage der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien ab. Am 2. Juli 1870 hatte nämlich das spanische Ministerium den Beschluß gefaßt, die Krone Spaniens dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern anzutragen. Kaum war diese Entscheidung bekannt, als auch schon Frankreich Einspruch erhob und — Preußen mit Krieg bedrohte. Ein völkerrechtlicher Vorwand für diese Einmischung Frankreichs und die damit verbundene Fälschung der spanischen Frage war nicht vorhanden. Wenn Napoleon trotzdem seinen Grafen Benedetti wiederholt zu König Wilhelm schickte, dann geschah das in der Hoffnung, hier eine Gelegenheit zu haben, um Preußen in einen „unvolkstümlichen" Krieg verwickeln, zumindest es demütigen zu können.

Beherrscht wurden die ganzen Auseinandersetzungen im Juli 1870 durch den Willen Frankreichs, die werdende Einheit Deutschlands im Keime zu ersticken und durch seine Entschlossenheit, jede weitere Stärkung der neuaufstrebenden Nation in der Mitte Europas zu verhindern. Und das bildete den wahren Grund zum deutsch-französischen Kriege.

Bismarck erkannte in den kritischen Julitagen von 1870 sehr bald, daß es nur eine Wahl gab: entweder sich mit Frankreich zu schlagen oder aber ohne Kampf die Rolle des Geschlagenen zu übernehmen, und er bangte für den „fressenden" Schaden, den eine schüchterne Politik der nationalen Sache des deutschen Vaterlandes zufügen konnte. Hatten doch die diplomatischen Verhandlungen Frankreich bereits den Erfolg gebracht, daß der Erbprinz der spanischen Krone entsagte. Nicht zufrieden damit, verlangte Frankreich in seltsamer Verblendung nun noch eine Erklärung, mit der König Wilhelm sich „für alle Zukunft" verpflichten sollte, „niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten". Die Ablehnung dieser Zumutung, von der Bismarck in Form der Emser Depesche sofort allen Zeitungen und den Gesandtschaften Mitteilung machte, löste dann am 19. Juli 1870 die französische Kriegserklärung aus.

Noch ehe die Waffen zu sprechen anfingen, brach das Kartenhaus der französischen Hoffnungen jäh zusammen. Während der kritischen Tage hatten die verantwortlichen Männer Frankreichs in Rheinbunderinnerungen gelebt, gerechnet und gehandelt; es galt für Paris als ausgemachte Sache, daß die süddeutschen Stämme den Norden den Kampf allein austragen lassen würden. Nun aber stand das Volk auf, im Süden nicht minder begeisterter als im Norden, empört über die französischen Zumutungen und gewillt, mit der Waffe auf die Herausforderung zu antworten. Die deutschen Heere marschierten nach Frankreich hinein und schlugen in harter Folge die Franzosen bei Weißenburg und Wörth, bei Vionville und Mars-la-Tour, so daß den Staaten, auf die Frankreich Hoffnungen gesetzt hatte, jede Lust zum Eingreifen verging. Am 2. September aber, noch nicht acht Wochen nach der Kriegserklärung, hatte der deutsche Sturm das französische Kaiserreich hinweggefegt und Napoleon in die Gefangenschaft gebracht!

Das Ergebnis der deutschen Siege war die Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles und die Zurückgewinnung Elsaß-Lothringens. Erhalten geblieben ist uns davon durch alle Stürme die von Bismarck geschmiedete Einheit, verloren ging uns, als die Welt fast fünf Jahre gegen Deutschland im Felde stand, das Elsaß mit seiner urdeutschen Kultur.

Blicken wir heute, nach dem gewaltigen Erlebnis des Weltkriegs, auf jene Ereignisse vor 60 Jahren zurück, dann finden wir, daß die Ursachen, die dem deutsch-französischen Kriege von 1870 zugrunde liegen, einer Quelle entfloß, die auch unserer Generation viel Schweres gebracht hat und kommenden Generationen Schweres bringen kann: dem französischen Willen auf Beschränkung der deutschen Macht. Während aber der Krieg von 1870 von Bismarck durch einen Frieden des Maßhaltens beendet wurde — 1873 stand kein deutscher Soldat mehr in Frankreich! — ließ man 1919 in Versailles jede staatsmännische Ueberlegung vermissen. Und so wurde in dem gleichen Saal, in dem 1871 ein Werk der Einigung vollendet wurde, 1919 Zersetzungsarbeit geleistet. Etwas Trost finden wir dabei darin, daß die geschichtliche Logik nach Bismarck in ihren Revisionen noch genauer ist als unsere Oberrechnungskammer.

---

heit anheimfallen würde — würden auch dann die Menschen dort eine unantastbare Heiligkeit bewahren und das Kreuz willig auf sich nehmen? Freilich ist es müßig, diese Frage untersuchen zu wollen, doch wird man die Befürchtung aussprechen dürfen, daß dann doch wohl überraschend es zutage treten würde, welch ein Unterschied besteht zwischen Wirklichkeit und Bild.

Allein wir müssen uns wieder auf den Kern der Sache zurückfinden, gegen den ja alle sonstigen Vorteile, die diesen Veranstaltungen zu verdanken sind, zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, wenn die Hauptsache aus dem Auge gesetzt würde, nämlich der Ewigkeitsgewinn. Ja, erstere müßten sogar als der Schandfleck bezeichnet werden, der dem Sakralen anhaftet, welches doch das Allbeherrschende der Handlung sein müßte, wenn sie — diese Vorteile — zur niedern Spekulation ausarteten, wie es bereits der Fall zu sein scheint.

Sollen diese Spiele als biblisch berechtigt geltend bleiben, dann müßte mit ganzer Entschiedenheit auf gründliche Reinigung von diesen üblen Begleiterscheinungen hingearbeitet werden. Meine grundsätzliche Stellung jedoch zu den Aufführungen selbst läßt eine Darstellung der Passion Jesu nicht zu. Solche Scheindarstellungen, wie Geißelung, Kreuzigung und all die Seelenqualen werden bedeutungslos — will nicht sagen — zur Parodie. Sie ermangeln aber m. E. der Kraft, neue Menschen zu schaffen. Ergriffenheit der Gemüter, Bewegungen der Seelen, Erweckung heiliger, ehrfürchtiger Schauer, ja, selbst Tränenergüsse und momentane Entschlüsse, der Sünde zu entsagen und ein besseres Leben zu führen — dies alles mag erreicht werden, aber Zweck und Ziel kann damit nicht erschöpfend verfolgt und gefunden werden. Ist die Passion Wirklichkeit und keine Mythe, dann dürfte eine kraftvolle, geistgewirkte Verkündigung für das Ohr und das Bild auf der Leinwand für das Auge genügen. Wäre sie dagegen nicht Wirklichkeit, ja, dann wäre das Theater am Platze.

Wie gesagt, ich vermag mir nur sehr schwer zu denken, daß Jesus diese seine Passion in einer derartigen Aufmachung geschaut haben wollte. Und das muß doch der alleinige Maßstab bei der Beurteilung bleiben: Was würde Jesus dazu sagen? Und ich glaube, daß man hier die Stelle 2. Mose 20, 4 wohl anführen könnte.

A. Wagner.

Vollmacht zur Auflösung.

Artikel 48 in Kraft.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Dr. Brüning und nahm einen Vortrag über die politisch-parlamentarische Lage entgegen.

Bei dieser Gelegenheit bestätigte der Reichspräsident dem Reichskanzler die ihm schon früher erteilte Vollmacht zur Inkraftsetzung des Deckungsprogramms auch durch Anwendung des Artikels 48 im Wege der Steuernotverordnung. Ferner gab der Reichspräsident dem Reichskanzler die Vollmacht, den Reichstag auch dann aufzulösen, wenn der Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett oder einen Antrag auf Aufhebung eines durch Notverordnung in Kraft gesetzten Gesetzes annehmen sollte.

Außerdem gilt die Vollmacht ganz allgemein auch für solche Fälle, in denen bedeutsame politische Ereignisse eine solche Maßregel notwendig machen könnten.

Den Auftakt des Entscheidungskampfes im Reichstag bildete die Einstellung der zwischen den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten geführten Verhandlungen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller und Dr. Breitscheid richteten einen Brief an den Abg. Esser, in dem es u. a. heißt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, in mündlichen Verhandlungen die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen sie eine Verabschiedung der Deckungsvorlage mit ihrer Unterstützung für möglich hält. Sie hat jedoch schon gestern durch die Rede ihres Vertreters im Plenum des Reichstages erkennen lassen, daß die in der Deckungsvorlage enthaltene Kopfsteuer, die sogenannte Bürgerabgabe, für sie vollkommen unannehmbar ist.

Voraussetzung für fruchtbare Verhandlungen wäre daher die Bereitwilligkeit der anderen in Betracht kommenden Parteien, auf die Bürgerabgabe zu verzichten. In diesem Falle wäre auch Gelegenheit gegeben, über notwendige Aenderungen der Vorlagen zur Arbeits- und Krankenversicherung in Verhandlungen einzutreten."

Die Regierungsparteien ließen daraufhin den Sozialdemokraten mitteilen, daß eine Grundlage für weitere Verhandlungen somit nicht gegeben sei. Damit war dann der letzte Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung gescheitert.

Der Artikel 48 Tatsache.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts.

Nach der Ablehnung des Artikels 2 der Deckungsvorlagen im Reichstag hat das Reichskabinett eine Sitzung abgehalten, in der die Verkündung der Deckungsvorlage auf Grund des Artikels 48 beschlossen wurde. Unter den Notverordnungen befindet sich auch die Kopfsteuer und die Gemeindegetränkesteuer.

Im Laufe des Donnerstags werden die Notverordnungen im Reichsgesetzblatt und im Reichsanzeiger veröffentlicht.

Die sozialdemokratische Partei wird sofort die Aufhebung der Notverordnungen beantragen. Ueber diesen Antrag wird der Reichstag wahrscheinlich am Freitag, spätestens jedoch Sonnabend beschließen. Ob der Antrag durchgeht und es dann zur Auflösung kommt, darüber läßt sich zur Stunde noch nichts sagen.

In dem Kommuniqué

der Reichsregierung heißt es u. a.: Der Herr Reichspräsident hat die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 für gegeben erachtet und auf Antrag der Reichsregierung die zur Deckung erforderlichen Maßnahmen getroffen. Damit ist ein fester Ausgangspunkt für die staatliche Tätigkeit und für die Erledigung der dringend erforderlichen parlamentarischen Arbeiten, insbesondere für die Erledigung des Reichshaushalts und die Durchbringung der Osthilfe-Gesetze geschaffen. Der Herr Reichspräsident hat gemäß der Reichsverfassung von den auf Grund des Artikels 48 getroffenen Maßnahmen dem Reichstag unverzüglich Kenntnis gegeben.

Die Abstimmung über die Deckungsvorlagen.

— **Berlin**, 17. Juli. Nach dem amtlichen Ergebnis der namentlichen Abstimmung über Artikel 2 der Deckungsvorlage sind für diese Vorlage nur 193, gegen die Vorlage 256 Stimmen abgegeben worden. Mit der Regierungsparteien stimmten für die Reichshilfe auch die vier deutschnationalen Abgeordneten Dr. Bazille, Dingler, Ohler und Vogt-Württemberg, sowie der früher deutschnationale Abgeordnete Bruhn.

Aufhebung des Stahlhelmverbots

Hindenburg-Konflikt beigelegt.

— Berlin, 17. Juli.

Auf das Schreiben der Stahlhelmführung vom 15. Juli hin hat der preußische Innenminister Dr. Waentig der Bundesleitung mitgeteilt, daß er „nunmehr die Möglichkeit für gegeben" sehe, mit dem Stahlhelm zu einer Verständigung zu kommen und der Bundesführung anheimgestellt, bevollmächtigte Vertreter in das Ministerium des Innern zu entsenden. Die Verhandlungen haben bereits wenige Stunden nach dieser Aufforderung begonnen.

Bei diesen Besprechungen ist es zu einer Einigung gekommen. In einer formulierten Erklärung kommt zum Ausdruck, daß der „Stahlhelm" keine Uebungen vornehmen werde, die gegen den Friedensvertrag verstoßen. Die Aufhebung des „Sahlhelm"-Verboes wird voraussichtlich noch heute erfolgen.

Um die Amnestie.

Rheinland-Amnestie gescheitert.

Es fehlen vier Stimmen an der erforderlichen Mehrheit.

Der Gesetzentwurf über den Straferlaß aus Anlaß der Rheinlandräumung ist nunmehr vorerst gescheitert. Bei der Behandlung des Reichsratseinspruchs gegen die Amnestie wurden im Reichstag 296 Stimmen gegen, 146 Stimmen der Sozialdemokraten für den Einspruch abgegeben. 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Zur Zurückweisung des Einspruchs war nach einer Erklärung des Präsidenten Löbe eine Mehrheit von 300 Stimmen erforderlich; da diese Mehrheit nicht erreicht worden sei, müsse dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben werden.

•

Der durch die Annahme des Einspruchs des Reichsrats gefallene Amnestie-Antrag ist von den Regierungsparteien als neuer Initiativantrag eingebracht worden. Der Antrag muß nunmehr nochmals in drei Lesungen vom Reichstag erledigt werden. Ebenso muß er dann noch einmal dem Reichsrat vorgelegt werden.

•

Die Abstimmung über das Amnestiegesetz.

— Berlin, 17. Juli. Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis der namentlichen Abstimmung im Reichstag über den Einspruch des Reichsrats gegen das Amnestiegesetz sind für dieses Gesetz nur 295, gegen das Gesetz 146 Stimmen abgegeben worden, während sich zehn Abgeordnete der Stimme enthielten. Mit den Sozialdemokraten haben auch die beiden Zentrumsabgeordneten Fehrenbach und Riesener gegen das Gesetz gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich die Zentrumsabgeordneten Dr. Bolz, Dr. Dessauer, Groß und Schwarz-Frankfurt, die Demokraten Lemmer und Frau Dr. Lüders, die Bayerischen Volksparteiler Leibl, Dr. Pfleger und Rauch und der Deutsch-Hannoveraner Alpers.

Das Echo der deutschen Note.

Zustimmung in Deutschland. — Geteilte Aufnahme in Frankreich.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Paneuropa-Denkschrift Briands hat in der deutschen Presse im allgemeinen Zustimmung gefunden.

Die deutschnationale Deutsche Tageszeitung schreibt: „Kennzeichnend für das Antwortschreiben ist sein nüchterner, stellenweise sogar oberlehrerhafter Ton. Im praktischen Endergebnis läuft die deutsche Antwort auf eine ausgesprochen dilatorische Behandlung der ganzen Angelegenheit heraus, und diese kühle Zurückhaltung kann man nur unterstreichen und gutheißen." Hinsichtlich der deutschen Vorbehalte hätte das Blatt eine noch deutlichere Sprache gewünscht. Die gleichfalls rechtsstehende Börsen-Zeitung erblickt in der deutschen Note eine Forderung nach

Gerechtigkeit und Freiheit.

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung schreibt Prof. Dr. Otto Hoetzsch, der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses: „Gefahren vom ersten Schritt an, aber auch mancherlei Chancen für die deutsche Politik, wenn sie sich dieser neuen Situation gewachsen zeigt und die Bundesgenossen findet, deren Interesse den deutschen parallel geht."

Von den Zentrumsblättern faßt die Germania ihr Urteil dahin zusammen: „Die Auffassung, daß eine paneuropäische Konsolidierung ohne gewisse

territoriale Revisonen und die endliche Durchführung der Abrüstung

unmöglich ist, findet in dem deutschen Memorandum eine erfreuliche deutliche Wiedergabe."

Von den französischen Zeitungen erblicken die gemäßigten in der deutschen Note eine ausreichende Diskussionsgrundlage; während die rechtsstehenden Blätter von Gefahren sprechen. „Matin", „Petit Parisien", „Oeuvre" und „Petit Journal" werten Deutschlands Antwort als ein Angebot positiver Mitarbeit; „Echo de Paris" fragt: „Wohin führt uns Briand?"; „Journal" verweist insbesondere auf die Meinungsverschiedenheiten über die Ziele der Paneuropa-Diskussion; Deutschland erstrebe die Abänderung der Verträge, Frankreich ihre Verankerung. „Figaro" bezeichnet als einzigen Zweck der deutschen Antwort die Forderung der Revision der Friedensverträge.

Von den Zeitungen der Vereinigten Staaten wird die deutsche Note in den Ueberschriften als eine Aufforderung zur Wiedergutmachung der in den Friedensverträgen begangenen Irrtümer bezeichnet, wobei „World" der Ansicht ist, daß die deutsche Note der Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages bereits gleichkommt.

---

* In Marokko und Algier kam es zu Kämpfen zwischen französischen Truppen und Eingeborenen: ein Offizier und 17 Soldaten und Eingeborene wurden getötet.

Verhandlungen mit Rußland.

Schlußbericht der deutsch-russischen Schlichtungskommission.

Die deutsch-sowjetische Schlichtungskommission hat den Bericht über die Ergebnisse der diesjährigen ordentlichen Tagung fertiggestellt und den beiden Regierungen zur Bestätigung vorgelegt. Im Vordergrund standen die Fragen des Niederlassungsabkommens, die auf Grund der Erklärungen der Sowjetmitglieder eine praktisch befriedigende Regelung fanden. Bei verschiedenen Fragen des Wirtschafts- und Seeschiffahrtsabkommens gelangte die Kommission zu praktischen Empfehlungen, die das Ziel haben, gewisse Hemmnisse im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr zu beseitigen. Mehrere Wirtschaftsfragen prinzipieller Art wurden eingehend durchberaten und den Regierungen empfohlen, Spezialverhandlungen darüber einzuleiten. Ebenso wurden in einzelnen Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes praktische Ergebnisse erzielt, bzw. der Weg hierzu vorbereitet.

Der Bericht unterliegt zurzeit der Prüfung durch die Regierungen, die sich gemäß § 5 des Schlichtungsabkommens auch darüber verständigen müssen, ob der Bericht im ganzen oder teilweise veröffentlicht werden soll.

Straßenkampf in Alexandria.

25 Tote. — Einschreiten Englands?

Gegen die vor einigen Tagen erfolgte Schließung des ägyptischen Parlaments hat die Wafd-Partei für den 21. Juli den Verwaltungsstreit angekündigt und als Auftakt umfangreiche Straßendemonstrationen in Alexandria veranstaltet. In deren Verlauf ist es zu schweren Unruhen und Straßenkämpfen gekommen; 14 Personen, darunter zwei Europäer wurden getötet; 250 Personen — darunter 12 Europäer — wurden schwer verwundet.

Die Kirchen zu den Beschlüssen des Strafrechtsausschusses.

Ein Schreiben des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses.

Berlin, den 12. 7. 1930.

In einem Schreiben an den Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform nimmt soeben der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses zu einigen das sittliche Gebiet berührenden Ergebnissen der ersten Lesung Stellung. Der Kirchenausschuß geht davon aus, daß neben der juristischen, die Sittlichkeit gestaltende Bedeutung des Strafgesetzbuches nicht vergessen werden dürfe. Das Strafgesetzbuch sei nicht nur ein Instrument der Strafrechtspflege, sondern zugleich „ein Instrument, welches das sittliche Urteil des Volkes schärft und bildet". Die Frage, wie sich Erhaltung oder Streichung einer Strafbestimmung auf die Volksanschauung hinsichtlich des zugrundeliegenden sittlichen Problems auswirkt, sei daher von ausschlaggebender Bedeutung: Schwerer als die Ablehnung einer an sich vielleicht erwünschten neuen Strafvorschrift wiege es, wenn eine alteingewurzelte Bestimmung aufgehoben und damit im Volke, das strafrechtliche und moralische Beurteilung weithin gleichsetzt, eine Verwirrung des moralischen Bewußtseins verursacht wird. In gleicher Weise könne auch die Tendenz fortschreitender Milderung des Strafrahmens für ein Delikt verhängnisvoll wirken. Diesen Grundsätzen hat nach Meinung des Kirchenausschusses der Regierungsentwurf mehr Rechnung getragen als ein Teil der Beschlüsse des Reichstagsausschusses.

Im einzelnen fordert der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß u. a. an erster Stelle die Wiederherstellung der Strafbarkeit des Ehebruchs. „In einer Zeit, wo der Laxheit der Ehemoral in der Oeffentlichkeit vielfach schamlos das Wort geredet wird, ist es um so notwendiger, daß der Staat die Ehe als göttliche Stiftung und als Grundlage aller moralischen Ordnung entsprechend seiner Verfassung mit allen Mitteln schützt und daß das Bewußtsein des Volkes richtunggebend durch die Strafandrohung des Staates beeinflußt bleibt," Auch die Wiederherstellung der Strafbarkeit des homosexuellen Verkehrs wird gefordert, da es sich hierbei weit mehr um eine moralische als um eine physische Krankheit handle. Der Begriff der „Unzucht" soll eindeutig bestimmt und insbesondere klar gestellt werden, daß der außereheliche Geschlechtsverkehr als solcher darunter fällt. Die durch die Ablehnung des § 300 (Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen) entstandene Lücke ist auszufüllen unter Aufnahme der Strafbarkeit auch sensationeller Zeitungsberichte über geschlechtliche Vorkommnisse. Endlich befürwortet der Kirchenausschuß, entsprechend einem Beschluß der Generalsynode der altpreußischen Landeskirche, eine Fassung des § 367, durch die eine angemessene Bestrafung auch der in Volltrunkenheit begangenen Verbrechen ermöglicht wird.

Bildstreifen über Siedlungsarbeit in Schlesien und Mecklenburg.

Die Mecklenburgische Landesgesellschaft und die Schlesische Landesgesellschaft, beides gemeinnützige Siedlungsunternehmungen haben 2 ausgezeichnete Filmstehbildstreifen herausgebracht, die einen Ueberblick über Land und Leute der betreffenden Gegenden, Sitten und Gebräuche, alte und neue Bauernhäuser und besonders die Siedlungsarbeit geben.

In 26 Bildern sehen wir die herrliche Landschaft, die alten Burgen und Schlösser, Rathäuser und Tore Mecklenburgs, ein erläuternder Vortrag begleitet weitere 40 Bilder aus der Siedlungspraxis.

Die 80 Bilder „Bauernsiedlungen in Niederschlesien" stellen im Anfang mehr das soziale Problem der Siedlung, „Volk ohne Raum" im Westen und „Raum ohne Volk" im Osten Deutschlands, in den Vordergrund. Bilder von den Auswanderungsschiffen nach Amerika zeigen die Not derjenigen, die in Westdeutschland auf der Scholle nicht bleiben konnten. Die Aufnahmen aus der Siedlungsarbeit zeigen die Aufteilung eines Gutes vom Ankauf vom Großbesitzer mit allen Zwischenstadien der Aufteilungs- und Vorbereitungsarbeit bis zum Einzuge des Siedlers in die fertige Siedlerstelle. Bilder von Westfalen- und Flüchtlingssiedlungen in Schlesien, aus dem Genossenschafts- und Gemeinschaftsleben der Siedler umrahmen den praktischen Teil. Zum Abschluß auch hier eine Photographie aus Schlesiens Hauptstadt Breslau mit seinem alten Rathaus und Dom, aus dem Industriegebiet und aus dem Gebirge.

Der Preis für die Filmstreifen ist außerordentlich niedrig. Dieselben können mit den Erläuterungen vom Evangelischen Siedlungsdienst in Bielefeld (Altstädter Kirchplatz 2 a) bezogen werden. Ihre Anschaffung sei allen Vereinen der Jugend- und Wohlfahrtspflege, besonders den ländlichen, auch den landwirtschaftlichen Vereinen dringend empfohlen, um im Herbst und Winter den Siedlungsgedanken in weite Kreise des deutschen Volkes zu bringen. Dr. Schultz-Bielefeld.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Donnerstag, Jungvolk-Stunde, 8 Uhr.

Freitag 8¼ Uhr Bibelstunde, 1. Petri 5, 5 ff. (Herr Pastor Schlatter). Im Anschluß an die Bibelstunde Ablieferung der „Tole"beiträge.

Für das Jahresfest am kommenden Sonntag wird ein Wagen oder Auto bestellt, falls sich rechtzeitig eine größere Anzahl „Fußschwache" melden. Sonst muß die Straßenbahn benutzt werden. Meldungen an Br. Sprinz, „Ephrata".

— Die **Sarepta-Apotheke** schließt in Zukunft an den Sonnabenden **um 2 Uhr nachmittags,** erstmalig am 19. Juli.

Die Häuser werden gebeten, die Eindeckung mit Arzneien so zu regeln, daß Sonnabends nur das **Nötigste** aufgeschrieben wird und die Verordnungsbücher rechtzeitig zur Apotheke geschickt werden.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen in dankbarer Freude an

Heinrich und Erna Bruelheide

Bethel, den 15. Juli 1930

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Zum sofort. Eintr. suchen wir einen evangel., ernst christlich gesinnten, energischen
jungen Mann
nicht unter 25 Jahren, gelernten Landwirt, der bereit ist, als Erziehungsgehilfe mit und an unsern schulentlassenen Fürs.-Zöglingen zu arbeiten. Guter Turner bevorzugt. Eigener Sportplatz und Schwimmanlage. Meldungen mit Zeugnisabschriften und Angabe von Auskunftspers. an
Landw. Erziehungheim Benninghof-Mettmann (Rhld.)

Christliche Herrschaft sucht einen ledigen, entschieden christlichen
Arbeitsgehilfen
zu einer kleineren, mittleren Landwirtschaft zum sofortigen Antritt.
Gustav Gerstenberg, Karow, Bez. Magdeburg.

Ein junges Paar, Mann ist gelernter Maurer, sucht, gestützt auf beste Empfehlungen, einen
Hausmannsposten
in Heim, Anstalt oder größerem Betrieb. Angebote an
Genesungsheim Bad Lausick (Sachsen)

Sommerfrische
in Hohensolms (Kr. Wetzlar)
450 m ü. M., waldreiche Gegend, gesunde Luft. Zimmer in freundl. Privathäusern. Verpflegung und geselliger Anschluß im Volkshochschulheim im **Schloß Hohensolms.** Tagespreis 3.60 Mk. (für Verpfleg., 4 Mahlzeiten und Wohnung einschl.) Anfragen an die Burgkanzlei Hohensolms (Wetzlar Land).

Ostseebad Ahlbeck.
Park-Hospiz
in vornehmer Ruhe in eigenem Waldgarten liegend, 2 Minuten vom Meere und der großen Promenade, hohe und luftige Zimmer, behagl. Gesellschaftsräume. Gewissenhafte Verpflegung bei mäßigen Preisen. **Prospekte.**

Anzeigen aus Bethel.

— **Eine Harmonium-Bank** sucht zu kaufen der Christliche Verein junger Männer, Bethel. Angebote an Bruder Sprinz-Ephrata.

Saison-Ausverkauf

Sämtliche **Waschstoffe** wie Waschmusselin, Wollmusselin, Kunstseide, Voile, Zefir, ind. Trachtenstoffe **kommen zu enorm billigen Preisen zum Verkauf**

Günstige Gelegenheit beim Einkauf sämtlicher Weißwaren
in meinen guten, bewährten Qualitäten.

Rohnessel 78 cm breit . . . Meter 45 38	32 ₰	
Rohnessel 160 cm breit . . . Meter 1.20	1.05	
Rohnessel 155 cm breit . . . Meter 98	90 ₰	
Hemdentuch starkfädig, 80 cm breit . . . Meter 82 72 68 65 50	39 ₰	
Hemdentuch feinfädig, 80 cm breit . . . Meter 80 72 63	55 ₰	
Linon 160 cm breit . . . Meter 1.95 1.60	1.30	
Bett-Satin 160 cm breit . . . Meter 2.50 2.25 1.95	1.48	
Bett-Damast 160 cm breit . . . Meter 3.60 2.85 2.50 2.25	1.68	
Haustuche 150 cm breit . . . Meter 1.95 1.75	1.40	
Gebleichte Croisés Meter 1.20 1.00 80	65 ₰	
Handtücher 50/100 groß, gesäumt und mit Band . . . Stück 63 50	45 ₰	
Handtücher Halbleinen, 50/100 groß, gesäumt u. m. Band Stück 1.05 85	72 ₰	
Küchentücher Rein Leinen, 60/60 groß . . . Stück 75 60 55/55 groß	45 ₰	
Küchentücher Halbleinen, 60/60 groß . . . Stück	45 ₰	
Frottierhandtücher in schönen Mustern . . . Stück 1.60 1.20 1.10	85 ₰	

Halbleinene Tischtücher mit kleinen Bleichfehlern **weit unter Preis!**

Bielefeld Obernstraße 35 — **Heinr. Hirz** — **Bielefeld** Obernstraße 35